

### Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 03.09.2008

#### **Luftfahrt- und Logistikstandort Hannover sichern und ausbauen**

Der Landtag wolle beschließen:

##### EntschlieÙung

Der Flughafen Hannover-Langenhagen ist mit 5,64 Mio. Passagieren im Jahr 2007 und einem derzeitigen Luftfrachtumschlag (einschl. Post) von 60 000 Tonnen der einzige internationale Verkehrsflughafen Niedersachsens. Er bietet rund 7 900 Menschen unmittelbar Beschäftigung, davon ca. 1 300 bei der Flughafengesellschaft selbst. Als einer der wenigen Verkehrsflughäfen ist Hannover inzwischen eigenwirtschaftlich und verzinst das Eigenkapital der Gesellschafter angemessen. Mit TUIfly hat eine der wichtigsten deutschen Ferienfluggesellschaften ihre Heimatbasis in Langenhagen. Das Land, die Landeshauptstadt und die Fraport AG haben als Gesellschafter für die nächsten drei Jahre ein Investitionsprogramm in Höhe von 110 Mio. Euro (Flughafen eigenfinanziert) beschlossen, um insbesondere den Fracht- und Logistikbereich, aber auch den Service-, Erlebnis- und Shoppingbereich weiter auszubauen. Für den Wirtschaft- und Messestandort Niedersachsen und Hannover hat der internationale Flughafen eine kaum zu überschätzende Bedeutung, die es zu erhalten und auszubauen gilt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Die mehrheitliche Beteiligung von Stadt und Land an der Flughafengesellschaft (je 35 %) muss aufgrund der herausragenden Bedeutung des Flughafens und des öffentlichen Interesses für die niedersächsische Wirtschaft dauerhaft erhalten bleiben.
2. Eine mögliche Veräußerung von Anteilen des Landes am Flughafen darf nur in enger Abstimmung mit der Landeshauptstadt Hannover als weiteren niedersächsischen Gesellschafter erfolgen.
3. Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Hannover-Langenhagen auch nach möglichen weiteren Zusammenschlüssen von deutschen Fluggesellschaften Sitz einer wichtigen Airline bleibt und deren Heimatbasis nicht an einen anderen Flughafen verlegt wird.
4. Die Landesregierung möge auf die hessische Landesregierung mit dem Ziel einwirken, dass diese auf wettbewerbsverzerrende staatliche Zuschüsse für das Ausbauprojekt in Kassel-Calden verzichtet.
5. Die weitere Entwicklung des Flughafens Hannover-Langenhagen muss im Einklang mit den Anliegern erfolgen. Hierfür ist ein moderierter Nachbarschaftsdialog erforderlich.

##### Begründung

Die Landesbeteiligung von 35 % am Flughafen Hannover-Langenhagen ist aus verkehrs- und strukturpolitischen Gründen für die niedersächsische Wirtschaft und Bevölkerung von außerordentlicher Bedeutung. Darüber hinaus hat die Gesellschaft als Wirtschaftsfaktor einen hohen Stellenwert für das Land Niedersachsen, die Region und die Landeshauptstadt Hannover. Neben dem Land sind die Landeshauptstadt Hannover mit 35 % und die Fraport AG mit 30 % am Flughafen Hannover beteiligt.

Für den Fall einer möglichen Veränderung der Gesellschafterstruktur darf diese keinesfalls dazu führen, dass die genannte herausragende Bedeutung des Flughafens für die niedersächsische Wirtschaft geschmälert wird.

Der Touristikflugverkehr ist für Hannover-Langenhagen als Heimatbasis einer der großen deutschen Ferienfluggesellschaft von besonderer Bedeutung.

Der Flughafen Hannover-Langenhagen muss auch künftig eine Vielzahl von Nonstop-Linienflugverkehren zu europäischen Metropolen und Interkontinental-Verbindungen vorhalten und darf nicht zu einem Zubringerflughafen für einen anderen Großflughafen degradiert werden.

Mit dem geplanten Ausbau des Verkehrslandeplatzes in Kassel-Calden, in unmittelbarer Nähe zum Regionalflughafen Paderborn, entsteht auch dem Verkehrsflughafen Hannover eine staatlich subventionierte Konkurrenz. Dies ist sowohl verkehrspolitisch als auch volkswirtschaftlich unsinnig.

Heiner Bartling

Parlamentarischer Geschäftsführer